



Europa von den Finanzmärkten zurückerobern

„Wir unterstützen das internationale Rettungspaket für Griechenland. Diese Hilfe liegt unmittelbar auch in unserem eigenen deutschen Interesse. Sie ist notwendig, um die Finanzmarktstabilität im Euroraum als Ganzes zu sichern und erheblichen Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.“ So beginnt der Antrag der SPD zum Griechenland-Hilfspaket, über das der Deutsche Bundestag heute abgestimmt hat. Die SPD stellt sich solidarisch hinter die in der Bevölkerung durchaus unpopuläre Hilfsaktion für das EU-Mitgliedsland, aber wir stellen uns gegen die schwarzgelbe Politik, die Kosten dieser Hilfen wieder allein den kleinen Steuerzahlern aufzuerlegen und gleichzeitig weiter die Finanzmärkte unkontrolliert zu lassen. Deswegen haben wir uns in der Abstimmung über das Paket selbst heute enthalten.

Die Bürgerinnen und Bürger in Europa spüren es: Längst haben nicht mehr die gewählten Parlamente und Regierungen das Heft des Handelns in der Hand, sondern die Akteure an den Finanzmärkten kontrollieren das Geschehen. Sie verdienen an der Entstehung von Krisen, an der Verschärfung der Krise und dann noch einmal an den Hilfspaketen gegen die Krisen.

Die schwarzgelbe Bundesregierung kann keine einzige konkrete Initiative auf nationaler oder internationaler Ebene zur Kontrolle der Finanzmärkte aufweisen und will die Banken und Hedgefonds auch nicht an der Finanzierung beteiligen. Die sogenannte „Bankenabgabe“ von gerade einmal 860 Millionen Euro jährlich ist nicht nur angesichts der erneuten Milliardengewinne der Großbanken und Fonds lächerlich, sondern kann noch nicht einmal die Zinsen für einen einzigen Monat des letzten Rettungspakets in der Bankenkrise finanzieren.

Anfang Mai schauen wir auf vier turbulente Monate der Regierung Merkel 2010 zurück. Im Januar und Februar warb die Bundeskanzlerin wie die SPD für eine Finanzmarkttransaktionssteuer, u.a. in einem Beschluss des CDU-Bundesvorstands im Januar 2010. Heute lehnt sie diese Steuer, die alleine in Deutschland bis zu 20 Milliarden Euro jährlich einbringen könnte und als einziges Instrument auch die Geschäfte der Hedgefonds untereinander einschränken würde, mit unwahren Behauptungen über angebliche Empfehlungen des IWF ab. Im März und April spielte sie in Eintracht mit BILD die „Eiserne Kanzlerin“, die Hilfen für Griechenland verweigerte. In dieser Zeit vergrößerten die Spekulanten die Krise in Griechenland derart, dass es jetzt für Europa teurer geworden ist zu helfen und die Erfolgsaussichten des Hilfspakets trotzdem geringer sind. Schwarzgelb und Merkel haben in dieser Überlebensfrage Europas versagt, weil sie ihren kleinlichen internen Streit nicht beilegen konnte und Merkel hoffte, mit Schauspielerei über den Wahltermin in NRW zu kommen.

- Ulrich Kelber -

Der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion hat die Ducksachen-Nr:
17/1639

THEMEN

RETTUNGSPAKET GRIECHENLAND

EXZELLENZINITIATIVE

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN WOHNUNGSBAU

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT

GRIECHENLANDHILFE ALTERNATIVLOS

DIESE WOCHE IM PARLAMENT

Termine

09.05.10 - NRW
Landtagswahl - Wählen gehen!!!

11.05.10, 16:00 - Bonn
Preisverleihung Bürgerpreis Bonn

12.05.10 - Bonn
Sondersitzungen der Aufsichtsräte der Stadtwerke Bonn

16.05.10, 14:00 - Bonn
Pfarrfest St. Adelheid, Bonn-Pützchen

17. bis 18.05.10 - Berlin
Sitzungswoche des Bundestages

Universitäten wollen 247 neue Förderanträge für Exzellenzinitiative stellen

Auch für die zweite Phase der Exzellenzinitiative ist eine rege Beteiligung der deutschen Universitäten zu erwarten. Das gab der Dortmunder Professor Matthias Kleiner, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), auf der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am Mittwoch bekannt.

Bis zum Stichtag am 30. April hätten 66 deutsche Universitäten zunächst unverbindlich die Absicht bekundet, sich mit insgesamt neuen 247 Förderanträgen bewerben zu wollen, sagte Kleiner. Davon bezögen sich 108 Anträge auf Graduiertenschulen, 115 auf Exzellenzcluster und 24 auf universitäre Zukunftskonzepte. In dieser Zahl sind Bewerbungen von Universitäten, die bereits in der ersten Phase der Exzellenzinitiative gefördert werden und die sich um eine Folgeförderung bewerben wollen, noch nicht enthalten. Die ausgearbeiteten Skizzen für die Förderanträge müssten erst bis zum 1. September dieses Jahres eingereicht werden. Die endgültige Entscheidung über die Förderanträge soll im Sommer 2012 fallen, sagte Kleiner.



Insgesamt stehen für die zweite Phase der Exzellenzinitiative 2,7 Milliarden Euro für die Förderung von Spitzenleistungen an deutschen Universitäten bereit. In der ersten Phase von 2007 bis 2012 werden 39 Graduiertenschulen, 37 Exzellenzcluster und 9 Zukunftskonzepte mit insgesamt 1,9 Milliarden Euro gefördert. Graduiertenschulen sollen hervorragende Rahmenbedingungen für Promovierende schaffen, während bei Exzellenzclustern die Bündelung von Spitzenforschung auf einem Themenfeld im Mittelpunkt steht und die Zukunftskonzepte sich auf die Gesamtentwicklung einer Universität beziehen.

Der Münchner Professor Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sagte, dass es in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative einen Wettbewerb zwischen bereits geförderten Projekten und neuen Bewerbungen geben werde. Erfolgreiche Projekte aus der ersten Phase würden nicht automatisch weiter gefördert. In der zweiten Phase soll außerdem ein größerer Schwerpunkt auf die Lehre gelegt werden. Die Universitäten könnten als Teil ihrer eingereichten Zukunftskonzepte darstellen, wie sie die "forschungsorientierte Lehre" verbessern wollten.

Der Bremer Professor Stephan Leibfried, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Leiter eines Forschungsprojektes über die Exzellenzinitiative, kritisierte, dass sich die Exzellenzinitiative auf die Grundlagenforschung konzentriere. Man müsse nachdenken, wie man die angewandte Forschung und die Lehre stärker berücksichtigen könne, sagte Leibfried.

Die Unionsfraktion wünschte sich eine stärkere Kommunikation zwischen Forschungseinrichtungen und Bevölkerung, um die Leistungen der "Spitzenforschung" in Deutschland bekannter zu machen. Außerdem warf sie die Frage auf, ob bei der Auswahl geförderter Projekte die Umsetzung der Forschungsergebnisse in neue Produkte keine größere Rolle spielen müsste. Die FDP-Fraktion schlug vor, die Vernetzung von Universitäten in ihren Regionen und Kooperationen mit der Wirtschaft weiter zu stärken.

Die SPD-Fraktion regte an, in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative auch die Fachhochschulen zu berücksichtigen: Die in der zweiten Phase stärker akzentuierte Lehre werde schließlich auch an den Fachhochschulen geleistet. Sie forderte außerdem, die Förderung zahlreicher Universitäten auch nach der zweiten Phase der Exzellenzinitiative fortzuführen und sich nicht auf "3 bis 4 deutsche Harvards" zu beschränken.

Die Linke-Fraktion kritisierte hingegen, dass sich der "Normalbetrieb" an den Universitäten durch die Exzellenzinitiative nicht entspannt habe. Immer noch seien die Universitäten unterfinanziert. Auch wegen der Studierenden-Proteste sei es wichtig, die Qualität der Lehre in den Mittelpunkt zu stellen. Diesen Punkt griff auch die Grünen-Fraktion auf: Sie monierte, dass das Thema Lehre nicht verpflichtend in die eingereichten Zukunftskonzepte der Universitäten aufgenommen werden müsse. Außerdem erwarte sich die Fraktion Vorschläge vom Wissenschaftsrat, wie die Förderung der Universitäten nach dem Auslaufen der zweiten Phase der Exzellenzinitiative fortgesetzt werden solle.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Experten: Wohnungs- und Immobilienwirtschaft steht vor großen Herausforderungen

Die energetische Sanierung von Wohnungen und der Ausbau des Angebotes an altersgerechtem Wohnraum bilden die größten Herausforderungen für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in den kommenden Jahren. In dieser Einschätzung waren sich die am Mittwochmittag in den Verkehrsausschuss geladenen Experten einig. Grundlage des öffentlichen Expertengesprächs bildete der Bericht der Bundesregierung zur Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland ([16/13325](#)) aus der vergangenen Legislaturperiode.

Aus Sicht von Ingeborg Esser vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen bietet der Bericht eine "hervorragende Datengrundlage" und mache die "hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft" deutlich. Auf dieser Grundlage gelte es nun für Parlament und Regierung "sehr schnell Maßnahmen einzuleiten". So sei eine Evaluierung der Maßnahmen beim Energie- und Klimaschutz "gut und wichtig". Jedoch müsse deutlich gemacht werden, dass die staatliche Förderung in diesem Bereich durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf "hohem Niveau" beibehalten werden müsse. Beim "Stadtumbau-Ost" sei der "demografischen und industriellen Entwicklung" Rechnung getragen worden. Gleichwohl müsse man sich bewusst machen, "dass wir auf eine zweite Leerstandswelle zulaufen", sagte Esser.

Ralf Kornemann, Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, sieht die Branche vor "tiefgreifenden Veränderungen" stehen. Es sei keine Frage, dass Klimaschutzziele umgesetzt werden müssten, sagte er. Jedoch sei vielfach der tatsächliche Verbrauch deutlich niedriger als unterstellt werde. Zudem müsse bei der Verpflichtung zur energetischen Sanierung auf die Struktur der Wohnungseigentümer geachtet werden, die vielfach "nicht so belastbar" seien. Als "große Gefahr" sehe er es an, wenn Kommunen durch eine Erhöhung der Grundsteuer ihren zunehmenden finanziellen Problemen entgegenzutreten versuchten.

Auf möglicherweise entstehende Probleme angesichts der anhaltend rückläufigen Neubautätigkeit verwies Gernot Mittler, Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Der zu erwartenden Wohnraumverknappung müsse "politisch entgegengewirkt werden", forderte er. Gleichzeitig müssten seiner Ansicht nach Maßnahmen der altersgerechten Wohnungsanpassung verstetigt werden. "Eine Heimunterbringung ist immer teurer als der Ausbau altersgerechter Wohnungen", sagte Mittler.

Der Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, Walter Rasch, sprach sich auch für die Fortführung der KfW-Programme insbesondere bei der energetischen Sanierung aus. Dies seien "Erfolgsprogramme" befand Rasch, der auch anregte, diese Programme mit jenen zum Ausbau altersgerechter Wohnungen "stärker zu verzahnen".

Eine wichtige Maßnahme beim Klimaschutz sei die Einsparung von Ressourcen, sagte Franz-Georg Rips, Präsident des Deutschen Mieterbundes. Daher müsste es für den Mieter "kurzfristig nachvollziehbar" sein, wie sich seine Sparbemühungen auswirkten. Beim Thema Modernisierung von Wohnraum forderte Rips einen "Dreiklang zwischen Staat, Mieter und Vermieter". Wenn sich alle Seiten beteiligen würden, wäre das die vernünftigste Lösung. Auch Rips forderte "Anreize für den Neubau" zu setzen, da zuletzt "nur der Bestand verwaltet wurde". Derartige Anreize könnten seiner Ansicht nach in Investitionszulagen oder auch Sonderkrediten durch die KfW bestehen.

Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" hat sich konstituiert

Am Mittwochnachmittag die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" konstituiert. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der Unionsabgeordnete Axel E. Fischer gewählt. Als sein Stellvertreter wird Martin Dörmann (SPD) fungieren.

Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 soll die Kommission Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, der sich aus der wachsenden Bedeutung des Internets für das tägliche Leben ergibt, national und international, benennen.

Die Kommission setzt sich aus 17 Bundestagsabgeordneten und 17 externen Sachverständigen zusammen. Von den 17 Abgeordneten gehören sechs der Unionsfraktion an, vier der SPD-Fraktion, drei der Fraktion der FDP sowie jeweils zwei der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung kam der Ausschuss zu einer ersten Arbeitssitzung zusammen, in der vor allem Verfahrensfragen geklärt wurden. Die Enquete-Kommission wird danach grundsätzlich öffentlich tagen. Gleichzeitig wird es eine eigene Internetseite geben, auf der die interessierte Öffentlichkeit die Diskussion mit verfolgen und an ihr teilnehmen kann.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Sachverständige: Hilfspaket für Griechenland ist alternativlos

Die meisten Sachverständigen halten das geplante Hilfspaket für Griechenland für alternativlos. Dies wurde am Mittwochmittag bei der Anhörung des Haushaltsausschusses zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der hellenischen Republik (17/1544) deutlich. Umstritten war jedoch, ob nach dem Lissabon-Vertrag eine Hilfe durch die Euroländer erlaubt ist.

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Professor Axel A. Weber, bezeichnete Hilfszahlungen als "großen Vertrauensvorschuss" für Griechenland. Diese könnten dem Land helfen, Vertrauen an den Finanzmärkten zurückzugewinnen. Dreh- und Angelpunkt sei jedoch, dass Griechenland auch den Willen habe, geplanten Reformen umzusetzen. Daran zweifele er nicht. Weber wies darauf hin, dass auch die deutschen Banken "mit im Boot" seien und auch bleiben würden. Diese hätten zur Zeit Forderungen von insgesamt 40 Milliarden Euro an Griechenland. Davon würden in den kommenden drei Jahren 3 Milliarden Euro an den Staat und 4 Milliarden Euro gegenüber griechischen Kreditinstituten fällig. Die Banken hätten zugesagt, dass diese Kredite verlängert würden, so Weber.

Auch Professor Henrik Enderlein von der Hertie School of Governance hält das Hilfspaket derzeit für den "einzigsten Weg", die Krise unter Kontrolle zu bekommen. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass die Eurostaaten schon früher eingegriffen hätten.

Für Jochen Sanio, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, wird zurzeit von "Spekulanten ein Angriff auf die Euro-Zone geführt". Um diesen abzuwehren, sei das geplante Rettungspaket "alternativlos". Um solche Angriffe zukünftig abzuwehren, müsse der "Schattenbanksektor der Hedgefonds trockengelegt werden". Es reiche nicht aus, nur die Instrumente (zum Beispiel Leerverkäufe) zu verbieten. Hochbezahlte Spezialisten würden immer eine Möglichkeit finden, diese Verbote zu umgehen. Sanio wies darauf hin, dass Griechenland in der Vergangenheit immer ein guter Schuldner gewesen sei. Dies habe sich erst mit der Finanzkrise geändert und dem Geständnis der griechischen Regierung, dass die Haushaltszahlen gefälscht worden seien.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die bundeseigene KfW-Bankengruppe in den kommenden drei Jahren Griechenland bis zu 22,4 Milliarden Euro leiht, davon 8,4 Milliarden Euro in diesem Jahr. Der Bund bürgt für diese Kredite. Ulrich Schröder, der Vorsitzende der KfW, betonte, dass Griechenland nach drei Jahren mit der Tilgung beginnen müsse. Er ging davon aus, dass bei einer Aussetzung der Tilgung durch Griechenland die KfW erst einmal mit dem Schuldner über eine Verlängerung des Kredits verhandele. Erst danach würde die Garantie des Bundes fällig.

Ulrich Kelber
Bonns
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26
Fax: 030 - 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35
Fax: 0228 - 280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



TOPTHEMA

Hilfe für Griechenland

Banken beteiligen und Spekulationen unterbinden

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt das internationale Rettungspaket und die deutsche Beteiligung daran, hält aber eine reine Kreditermächtigung für nicht ausreichend, um die Stabilität der Eurozone nachhaltig zu gewährleisten. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Bundestagsfraktion am 7. Mai bei der Abstimmung zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs eines Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes der Stimme enthalten.

Von entscheidender Bedeutung sind für uns in dieser überaus dramatischen Lage eine dauerhafte Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise und eine wirksame Eindämmung der immer neuen Spekulationswellen. Deutschland soll sich in den kommenden drei Jahren mit insgesamt rund 22 Milliarden Euro an dem Rettungspaket für Griechenland beteiligen. Im Jahr 2010 sollen zunächst 8,4 Milliarden Euro fließen.

Wir Sozialdemokraten wollen auch durch deutsche Beiträge den Euro stabil halten. Es ist wichtig, schnell und verantwortlich zu handeln, denn wir brauchen Klarheit, um den Spekulanten Einhalt zu gebieten. Aber wir wollen darüber hinaus, dass diejenigen, die verantwortlich sind für die Krise, die Kosten tragen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung drastische Schritte, um in Europa gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten eine Finanzmarktsteuer einzuführen.

Deutschland hat eine Schlüsselstelle bei der Lösung der Griechenlandkrise. Jetzt muss die Bundesregierung endlich tatkräftig handeln. Es gilt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, die Krise einzudämmen, Lasten gerecht zu verteilen und Europa wieder auf einen guten Weg zu bringen. Europa wird nur dann auf einen guten Weg zurückzubringen sein, wenn flankierend zur Unterstützung Griechenlands folgende Prinzipien zur Geltung gebracht werden:

- Die Kostenrisiken für die Rettung Griechenlands können nicht allein auf die Steuerzahler abgewälzt werden – auch der Finanzsektor muss seinen Anteil leisten. Wir müssen verhindern, dass ein ums andere Mal die Steuerzahler zur Kasse gebeten, die Spekulanten aber belohnt werden.
- Spekulationen und Exzesse auf den Finanzmärkten müssen jetzt unterbunden werden. Sie dürfen die Eurozone nicht ein weiteres Mal an den Rand des Abgrunds führen. Von Griechenland darf kein Flächenbrand ausgehen. Deshalb müssen die Hilfen für Griechenland durch Initiativen zur Finanzmarktregulierung begleitet sein.
- Eine solide Finanzpolitik ist nicht nur eine Forderung an Griechenland. Jeder einzelne Euro-Staat muss deutlich machen, dass er sich dem Ziel solider Finanzen verpflichtet fühlt. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Kontrollen. Und wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa. Eine gemeinsame Währung braucht eine abgestimmte Politik.

Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Schuldenkrise Griechenlands dramatisch zugespitzt. Die Schwierigkeiten der griechischen Regierung zur Bedienung des Schuldendienstes neues Geld auf den internationalen Finanzmärkten zu leihen, und das aggressiv-spekulative Verhalten der Kapitalmärkte gefährden nicht nur die Stabilität des Euro. Auf dem Spiel steht auch die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt und damit Sicherheit und Stabilität des Wohlstandes in Europa.



Wir Deutschen haben als führende Exportnation vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden. Deshalb muss schnell gehandelt werden – aber es kommt darauf an, das Richtige zu tun. Es geht nicht um Gefälligkeiten gegenüber Griechenland sondern um die Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone, an der wir ein hohes eigenes Interesse haben sollten. Ohne gemeinsame stabile Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen.

Die europäischen Staaten sind längst untrennbar miteinander verwoben, deshalb ist die Solidarität mit Griechenland der beste Selbstschutz für uns Deutsche. Die Anstrengung, die den Menschen und der Politik in Griechenland bevorsteht, ist gigantisch. Sie verdient Respekt und Unterstützung.

Sozialdemokraten wollen ein starkes Europa

Wir haben schon zu Beginn der Krise die Kanzlerin aufgefordert, gemeinsam mit allen anderen EU-Staaten dafür zu sorgen, dass die griechische Regierung drastische Sparmaßnahmen ergreift. Und wir haben auch gefordert, dass sich Griechenland seine notwendigen Kredite zu normalen Zinsen beschaffen kann und nicht auf die Spekulationen der Finanzmärkte angewiesen sein sollte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben dafür vor Monaten Vorschläge vorgelegt.

Angela Merkel und ihre CDU/CSU/FDP-Koalition aber wollten aus reinen wahltaktischen Erwägungen bis zur Landtagswahl in NRW am 9. Mai den Deutschen nicht die Wahrheit sagen. Stattdessen hat sich die Kanzlerin als Schutzengel der deutschen Steuerzahler feiern lassen. In Wahrheit wusste sie aber bereits, dass sich die Deutschen aus eigenem Interesse nicht raus halten können.

Diese Taktiererei war geradezu eine Einladung an die Spekulanten: Lagen die Zinsen am Anfang der Griechenlandkrise noch bei 5,2 Prozent, so stiegen sie erst auf 8,5 Prozent und sind jetzt explodiert. Merkels Wahltaktik kostet die deutschen und europäischen Steuerzahler Milliarden Euro – und jeden Tag der Untätigkeit kostet es mehr.

Sozialdemokratisches Krisenmanagement fehlt

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehmann-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist, wir haben die Debatte in Europa bestimmt und uns nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen.

Schon damals haben wir gesagt: Wir dürfen uns nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen beteiligen. Eine Finanzmarktsteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Allein Deutschland hätte in jedem Jahr zweistellige Milliardenbeiträge an Einnahmen.

Würden wir dann endlich bestimmte gefährliche Praktiken an den Finanzmärkten verbieten und auch diese Märkte regulieren, hätten wir viel geleistet, damit sich diese Krisen nicht ständig wiederholen. Und wir würden nicht die Steuerzahler das zweite Mal für das unverantwortliche Verhalten der Banken in der Griechenlandkrise bezahlen lassen. Denn natürlich wussten viele Banker, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig war – trotzdem wurden Kredite herausgegeben. Und natürlich wird im Investmentbanking weiter mit den gleichen Praktiken gearbeitet, die uns in die Krise hinein getrieben haben.



Die SPD hat in der Bundesregierung 2008 nach dem Grundsatz gehandelt: Im Mittelpunkt steht das Land, kurzfristige Parteitaktik steht dahinter zurück. In der gegenwärtigen Bundesregierung scheinen andere Maßstäbe zu gelten. Sie hat Entscheidungen verschleppt, Krisenfolgen und Kosten verschwiegen, die Menschen in diesen zentralen Fragen hinters Licht geführt. Die Bundesregierung ist ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

AKTUELL

Schwarz-Gelb: Konkrete Inhalte fehlen

Schwarz-Gelb plant eine Steuerreform, die unfinanzierbar ist. Schwarz-Gelb plant die Einführung einer Kopfpauschale, die ungerecht, bürokratisch und ebenfalls unfinanzierbar ist. Schwarz-Gelb plant die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist und dies eine Rolle rückwärts in der Energiepolitik ist. Bei alledem ist die konkrete Ausgestaltung allerdings völlig unklar. Bisher nur große Worte, Ankündigungen, Versprechungen.

Schwarz-Gelb will sich vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht auf konkrete Inhalte festlegen. Das wird auch daran deutlich, dass sie die Großen Anfragen der SPD-Bundestagsfraktion zu diesen zentralen Themen bisher nicht beantwortet hat. Dieses Verschleppen aus wahltaktischen Gründen in einer Zeit, in der handeln gefragt ist, ist unverantwortlich und nicht zu akzeptieren.

Ob Steuerpolitik, Kommunalfinanzen, Gesundheit oder soziale Einschnitte, überall bleibt die Bundesregierung im Vagen. Söder gegen Rösler, Kauder gegen Rüttgers und Schäuble gegen Merkel: Kein Konzept und nirgends Klarheit - so kann man ein Land nicht regieren und so täuscht man die Wähler.

Einführung der Kopfpauschale ist ungerecht, bürokratisch und unfinanzierbar

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant, die bisherige einkommensabhängige und damit gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch eine für alle Mitglieder gleiche Kopfprämie oder Kopfpauschale zu ersetzen. Damit insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen auch in Zukunft ihre Krankenversicherung noch bezahlen können, ist ein Sozialausgleich geplant. Dieser Ausgleich soll „automatisch“ erfolgen. Wie diese „Automatik“ jedoch aussehen soll, wer sie in Gang setzt und wer die Ergebnisse umsetzt, ist nicht mal in Ansätzen geklärt. Bislang fehlt jede auch nur grobe Einschätzung über die finanzielle Be- und Entlastung der Versicherten, den bürokratischen Aufwand und die damit verbundenen Mehrkosten für den Sozialausgleich sowie die künftige Entwicklung der Kosten für die Versicherung in der GKV. Antworten auf unsere dementsprechende Kleine Anfrage hat die Regierung Merkel Parlament und Öffentlichkeit verweigert. Auch unsere Große Anfrage (Drs. 17/865), über die wir in dieser Woche debattieren, ist bislang nicht beantwortet. Die Pläne der Koalition zur Einführung einer Kopfpauschale sind ungerecht, bürokratisch und nicht finanzierbar. Eine Kopfprämie entlastet Bezieher höherer Einkommen und belastet Bezieher niedriger Einkommen. Die für einen Sozialausgleich im Bundeshaushalt erforderliche Summe ist nicht zu finanzieren. Durch die Einführung einer Kopfprämie erfolgt eine langfristige Weichenstellung, die dafür sorgt, dass zukünftig wachsenden Lasten der Gesundheitsversorgung einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet, die Arbeitgeber hingegen nicht mehr beteiligt werden.



Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gefährdet die Energiewende

Die schwarz-gelbe Koalition plant, die Restlaufzeiten von Atomkraftwerken entgegen den Regelungen des Atomkonsenses aus dem Jahr 2000 (entsprechende Änderung des Atomgesetzes in 2002) zu verlängern. Eine Verlängerung der Laufzeiten behindert aber nicht nur den Wettbewerb auf dem Strommarkt. Auch der Ausbau Erneuerbarer Energien wird behindert und die anfallenden Mengen an hochradioaktivem Material, das dauerhaft und sicher endgelagert werden muss, werden enorm gesteigert. Vor diesem Hintergrund beraten wir in dieser Woche unsere Große Anfrage „Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken: Auswirkungen auf die Entwicklung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien“ (Drs. 17/832). Unsere Anfrage soll den tatsächlichen Sachstand zur Situation des Wettbewerbs auf dem Strommarkt, absehbare Entwicklungen aufgrund verlängerter Laufzeiten sowie entsprechende Einschätzungen der Bundesregierung ausleuchten. Darüber hinaus zeigen wir die widersprüchlichen Einschätzungen beteiligter Akteure innerhalb der Bundesregierung und relevanter Kräfte in der Energiewirtschaft. Die Bundesregierung will erst im September antworten. Begründung: Bis dahin dauere es, die entsprechenden Daten zu erheben. Allerdings soll es bereits im Juni Eckpunkte für ein neues Energiekonzept einschließlich längerer Laufzeiten geben. Also gibt entweder die Regierung die vorhandenen Daten nicht rechtzeitig heraus, was eine Missachtung des Parlaments wäre. Oder sie konzipiert ihr Energie-„Konzept“ ohne Informationen über die wesentlichen Zusammenhänge.

Verschärfung der Schuldenkrise durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und geplante Steuerreform

Mit unserer Großen Anfrage „Zu den theoretischen und empirischen Grundlagen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“ (Drs. 17/568) wollen wir aufzeigen, dass die von Schwarz-Gelb geplante Steuerreform die Schuldenkrise verschärft und die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen gefährdet. Die Koalition beruft sich zur Gegenfinanzierung auf deutlich mehr Wachstum, kann für diese Vermutung aber keinen gesicherten Beleg anführen. Ihre Politik beruht auf gefährlichem Wunschdenken. Wir wollen, dass die Bundesregierung der Öffentlichkeit jetzt darlegt, aufgrund welcher wissenschaftlichen Erkenntnisse sie die Auffassung vertritt, ausreichend Wachstum zur Konsolidierung der Staatsfinanzen könne durch die geplanten Steuersenkungen erzeugt werden. Allein mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Schwarz-Gelb Steuersenkungen in Höhe von etwa 8,5 Milliarden Euro beschlossen. Laut Koalitionsvertrag plant die Bundesregierung außerdem ab 2011 weitere Steuerentlastungen in Höhe von 24 Milliarden Euro. Die Koalition versäumt dabei allerdings aufzuzeigen, wie diese Steuerentlastungen finanziert werden sollen. Denn unser Staat wird die massiven Steuerausfälle durch die geplante Steuerreform nicht verkraften. Damit die Schuldenbremse beachtet werden kann, müssen die Steuerausfälle durch umfangreiche Kürzungen der Ausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden vor allem im Sozialbereich und durch die Erhöhung von Abgaben und Steuern an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Die Zeche zahlt also die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Koalition will das vor der Landtagswahl in NRW natürlich nicht eingestehen.

AKTUELLE STUNDE

Konsequenzen aus der Steuerschätzung

In einer Aktuellen Stunde zum Thema „Konsequenzen aus dem Ergebnis der Steuerschätzung für die Steuersenkungspläne der CDU/CSU-FDP Koalition“ haben wir von der Regierungskoalition gefordert, endlich die Karten auf den Tisch zu legen, wie die Steuersenkungen finanziert werden sollen. Aber auch nachdem die Zahlen der Steuerschätzung vorliegen, werden vonsei-



ten der Regierung keine konkreten Angaben gemacht. Dabei liegt es schon klar auf der Hand: Nach der NRW-Wahl wird es deutlich werden - das Steuerkonzept der FDP kommt Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen. Die Steuersenkungen nutzen den Besserverdienern in absoluter Steuerersparnis am meisten. Wer am meisten verdient, bekommt auch am meisten hinzu.

Stattdessen von CDU/CSU und FDP hohle Worte, dass man sich anstrengen müsse, außerordentlich ehrgeizig sein müsse und dass Konsolidierungsschritte erforderlich seien. Die FDP stellt sich hin und behauptet, ohne die Steuerreform werde eine soziale Schieflage entstehen. Das ist schlicht unwahr und entspricht nicht den Tatsachen. Was die FDP wirklich plant, ist Umverteilung - und zwar von unten nach oben. Das sagen nicht nur wir, das untermauern auch Berechnungen des Bundes der Steuerzahler und des Essener Wirtschaftsforschungsinstituts RWI.

Die Steuerschätzung bestätigt die von allen Fachleuten befürchteten Steuerausfälle. Die Einnahmeprognosen für den Gesamtstaat müssen in den Jahren 2010 bis 2013 im Vergleich zu den bisherigen Schätzungen um rund 39 Milliarden Euro reduziert werden. Das Minus beläuft sich im laufenden Jahr auf rund 1,2 Milliarden Euro und wächst im Jahr 2011 auf rund 11,7 Milliarden Euro, 2012 auf rund 12,3 Milliarden Euro und 2013 auf rund 13,7 Milliarden Euro. Diese Mindereinnahmen verschärfen die ohnehin katastrophale Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Die Kommunen sind von überproportionalen Verlusten betroffen.

Ursachen für Steuerausfälle liegen nicht nur bei der Wirtschafts- und Finanzkrise

Ursache für die Verschlechterung der Einnahmebasis ist dabei nicht nur die Wachstumsabschwächung in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihren bereits beschlossenen Steuergeschenken für Hoteliers, internationale Konzerne und reiche Erben wesentlich zu den Einnahmeausfällen beigetragen.

Angesichts dieser desaströsen Steuerschätzung müssen Kanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble endlich ihr Spiel auf Zeit aufgeben und Klarheit schaffen. Es gibt jetzt keine Ausflüchte mehr. Merkel und Schäuble müssen den eigenen Anhängern in Union und FDP klar machen, dass es für ihre illusorischen Steuersenkungspläne keinerlei Spielräume gibt. Vor allem aber muss der Bundesfinanzminister umgehend ein belastbares Konzept zur Bewältigung der Haushaltsprobleme vorlegen, um die Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen.

ARBEIT

Reform der Job-Center

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Job-Center vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die Argen Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt.

Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Job-Center verhandelt, der sehr nah an unseren ursprünglichen Forderungen liegt. Die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Drs. 17/1554, 17/1555) haben wir am 6. Mai in 1. Lesung im Bundestag beraten. Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Gegen den



Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die Argen jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden.

Das neue Job-Center ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden. Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreuung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen).

Wir konnten damit auch verhindern, dass durch die völlige Freigabe der Option der Bund aus der Verantwortung für die Arbeitsuchenden herausgenommen wird. Bund und Kommunen haben auch weiterhin ein gemeinsames Interesse daran, Arbeitsuchende in Arbeit zu integrieren. Die Steuerung erfolgt über Fach- und Rechtsaufsicht sowie Zielvereinbarungen. Eine Fachaufsicht wird es über die Optionskommunen nicht geben. Hier gilt allerdings eine Rechtsaufsicht und die Steuerung über Zielvereinbarungen mit Controlling und Benchmarking. Es existiert eine umfangreiche Finanzkontrolle.

Der Betreuungsschlüssel in den Job-Centern wird weiter verbessert. Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert. Als Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein Arbeitsvermittler für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein Arbeitsvermittler für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen.

Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt hat, weil das Grundgesetz eine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund nicht vorsieht. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31.12.2010. Dann haben die Argen und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte dazu bereits im Dezember zwei Gesetzentwürfe im Bundestag eingebracht. Diese Gesetzentwürfe basierten auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März 2009 dem Vorschlag des damaligen Arbeitsministers Olaf Scholz zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zustimmte, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarzgelbe Regierung widerstand dann viel zu lange einer vernünftigen Lösung. Erst als die Länder sich eindeutig für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen hatten und Frau von der Leyen mit ihrem Vorschlag am Widerstand der Länder zu scheitern drohte, lenkte die Ministerin ein. Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratisch geführten Länder waren bereit, gemeinsam die notwendigen Mehrheiten für eine Verfassungsänderung zur Absicherung der Argen zu bilden. Nicht, um der Bundesregierung zu helfen, sondern weil ihre Handlungsunfähigkeit nicht zu Lasten arbeitsloser Menschen gehen darf.

Entsperrung von Haushaltsmitteln für Mitarbeiter in Job-Centern blockiert

Im Zuge der Verhandlungen mit CDU/CSU und FDP wurde auch die Entsperrung von 900 Millionen Euro für Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose vorgenommen. Die ebenfalls auf SPD-Initiative vereinbarte Entsperrung von 3.200 - zurzeit noch befristeten - Stellen in den



Job-Centern wurde sowohl von Ministerin von der Leyen wie auch vom Finanzministerium für die Sitzung Anfang Mai verbindlich zu Protokoll gegeben. Dennoch hat Schwarz-Gelb diese Entsperrung im Haushaltsausschuss verweigert. Das ist ein Skandal und ein katastrophales Signal für alle Arbeitsuchenden, die mit Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen wieder den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt suchen.

Für die SPD ist die Entsperrung der 3.200 Stellen für qualifizierte, derzeit nur befristet beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit ein unverzichtbarer Baustein bei der dringend notwendigen Offensive für Arbeitsuchende in der Krise. Dafür brauchen wir nicht nur sinnvolle Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, sondern vor allem qualifiziertes Fachpersonal, das sein Know-How im Dienste der Arbeitsuchenden dauerhaft einbringen kann.

Die nun um mindestens zwei Wochen vertagte Entsperrung gefährdet die Reform der Jobcenter. Die Entfristung der Stellen ist für die SPD ein zentrales Element des erzielten Kompromisses, da der Erfolg in der Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen ganz wesentlich von ausreichendem und gut qualifiziertem Personal in den Job-Centern abhängt. Von dieser Forderung werden wir nicht abrücken.

Die 3.200 Stellen, die 2010 planmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Entfristung anstanden, hatte Schwarz-Gelb im Dezember 2009 im Haushaltsausschuss qualifiziert gesperrt und damit gefährdet, dass gut eingearbeitete Mitarbeiter in den Job-Centern gerade in dieser schwierigen Zeit des Umbruchs kontinuierlich und mit gesicherter beruflicher Perspektive ihre wichtige Arbeit für die Arbeitssuchenden machen.

VERTEIDIGUNG

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Am 6. Mai 2010 hat Reinhold Robbe am Ende seiner Amtszeit als Wehrbeauftragter zum letzten Mal den Deutschen Bundestag über den „Jahresbericht 2009“ (Drs. 17/900) unterrichtet.

Seit 2005 ist der Sozialdemokrat Reinhold Robbe Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Er ist zugleich „Anwalt“ der Soldatinnen und Soldaten als auch parlamentarischer Kontrolleur der Streitkräfte. Reinhold Robbe hat sich während seiner Amtszeit ein großes Ansehen bei den Soldatinnen und Soldaten erworben. Auch für die Abgeordneten hatte er immer ein offenes Ohr. Am 11. Mai 2010 endet die Amtszeit von Reinhold Robbe als Wehrbeauftragter des Bundestages. Er dankte dem Deutschen Bundestag ausdrücklich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diesen Dank erwidert die SPD-Bundestagsfraktion aus vollem Herzen.

Amtszeit Robbes tief geprägt vom Einsatz in Afghanistan

Mit dem Jahresbericht werden jeweils die Mängel und Defizite aufgezeigt, die im Laufe eines Jahres an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages herangetragen werden oder ihm bekannt werden. Im „Jahresbericht 2009“ verwies der Wehrbeauftragte darauf, dass das Jahr 2009 von einer Opfer-Bilanz mit fünf gefallenen Soldaten, 36 verwundeten Soldatinnen und Soldaten und 418 offiziell registrierten Angehörigen der Streitkräfte mit posttraumatischen Belastungsstörungen geprägt war. Er äußerte seine Kritik daran, dass die Bundeswehr im Einsatzgebiet Kundus nicht mit ausreichend geschützten Fahrzeugen ausgestattet ist. Außerdem seien Spezialfahrzeuge im Einsatz mit denen die Fahrer sich erst vertraut machen müssten. Überhaupt war seine Amtszeit tief geprägt durch den Einsatz in Afghanistan. Vielfach beklagen die Soldatinnen und Soldaten, die im Auslandseinsatz sind, den Rückhalt in der deutschen Ge-



sellschaft, es fehle an „moralischer Unterstützung“. Auch verharmlosende Beschreibungen des ISAF-Einsatzes stießen bei den Streitkräften auf Unverständnis.

Erneut Defizite in der Ausstattung und Ausbildung beklagt

Insgesamt herrsche, wie auch schon in den Berichten zuvor festgestellt, in der Bundeswehr ein Defizit in der Ausstattung und in der Ausbildung der Streitkräfte. Über 5.500 Eingaben pro Jahr seien ein deutlicher Ausdruck für die Probleme. Mit Blick auf die Führungsstrukturen sei eine Modernisierung aus Robbes Sicht unverzichtbar. Kritik übte der scheidende Wehrbeauftragte an der von der Koalition beschlossenen Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate und bekannte sich ausdrücklich zum Erhalt der Wehrpflicht. Sorge bereitet Robbe auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr, der durch Kündigung von 130 Ärztinnen und Ärzten einen enormen Aderlass zu verkraften hätte. Ebenso trat er erneut für eine Verbesserung der Versorgung von Soldatinnen und Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen ein. Des Weiteren ist laut Robbe die Vereinbarung von Familie und Dienst erheblich zu verbessern.

Amt des Wehrbeauftragten von internationalem Interesse

Außerdem führt der Jahresbericht an, dass das Amt des Wehrbeauftragten und die deutschen Erfahrungen mit der parlamentarischen Kontrolle der Armee großes internationales Interesse hervorriefen.